

# Calmer Wochenblatt

Nr. 258

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 40 Mt., Familienanzeigen 25 Mt., Reklamen 200 Mt. x Schlüsselfabl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Samstag, den 3. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 28000000 Mt., wöchentlich. Postbezugspreis 28000000 Mt., ohne Frachtkosten. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Nachdem der Reichszankler die Annahme der vorgestern veröffentlichten sozialdemokratischen Forderungen — Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, Vorgehen gegen Bayern, Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen, Maßnahmen gegen landwirtschaftlichen Lieferstreik — abgelehnt hatte, sind die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ausgetreten. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist mit einem Rücktritt des Gesamtkabinetts nicht zu rechnen; die neue Regierung soll aus Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten) gebildet werden.

Eine Verordnung der Reichsregierung sucht die Ausnützung der Goldanleihe als Spekulationspapier zu beschränken, indem sie die Bezahlung und Ausgabe der Goldanleihe über den Nominalwert verbietet.

Die in unserem heutigen Vortragsaufsatz gekennzeichnete Lage hinsichtlich der Frage der Bestellung eines Sachverständigenausschusses zum Zwecke der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist auch durch die heutigen Nachrichten nicht wesentlich verändert worden. Frankreich läßt halbamtlich seinen einschränkenden Standpunkt kundgeben, Amerika läßt ebenfalls halbamtlich erklären, daß es die einschränkenden Bedingungen Frankreichs nicht annehmen könne, weil auf solche Weise die Konferenz nutzlos würde. Und von London werden neue — Neben (!) Baldwin gemeldet, die sicherlich nicht zur Beschleunigung der Konferenzfrage, bzw. zum Rückzug Poincaré's führen werden.

## Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Unsere Befürchtungen, daß die neue englisch-amerikanische Aktion ebenfalls wieder zur Verschleppung der Regelung der Reparationsfrage benützt wird, scheinen sich leider wieder zu bestätigen. Poincaré hat zuerst halbamtlich den französischen Standpunkt zur englisch-amerikanischen Anregung der Bildung eines Sachverständigenausschusses feststellen lassen und hat sich nun auch persönlich zu der Frage geäußert. Nach diesen Erklärungen weicht Frankreich nicht von seiner Auffassung ab, daß der von den Angelfachsen gewünschte Sachverständigenausschuss lediglich von der Reparationskommission ernannt werden dürfe, und daß die 1921 von der Entente festgesetzte Summe von 120 Milliarden Goldmark nicht angetastet werden dürfe.

Da Poincaré der „Ansiht“ ist, daß es sich bei der Währungs- katastrophe Deutschlands um betrügerischen Bankrott handelt, so verlangt er, daß die durch den zu wählenden Sachverständigenausschuss beratene Reparationskommission lediglich die Zahlungsmodalitäten festsetze und die Mittel suchen solle, die zur Hebung der deutschen Finanzen und zur Wiederherstellung einer richtigen Währung im Reich führen könnten. Von einer absoluten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands will Poincaré also nichts wissen. Der englische Vorschlag der Bestellung einer „Sachverständigenkonferenz zur Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands“ soll nun nach französischem Wunsch dahin eingeschränkt werden, daß nur die Frage der „augenblicklichen“ Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu untersuchen ist. Daß es sich bei der Festlegung der Reparationssumme nicht um die Deckung der durch den Krieg erlittenen Schäden Frankreichs handelt, das hat Poincaré auch diesmal wieder verraten, als er wiederholt betonte, „welche Gefahr darin liege, wenn Deutschland von einem Teil seiner Schulden befreit sei, und den Franzosen in einigen Jahren wieder gegenüber treten könne, völlig wiederhergestellt und bereichert, um Frankreich zu bedrohen und seine Vorherrschaft zu errichten.“ Das sind die wahren Beweggründe für die Aufstellung der unbegrenzten Reparationssumme, nicht die wirklichen Reparationschäden. Die Entente wollte uns auf möglichst lange Dauer eine unerträgliche Last auferlegen, damit wir uns weder wirtschaftlich noch auch politisch erheben könnten. Und diese These vertritt Poincaré heute mit Konsequenz weiter. In der Verfolgung einer solchen Politik liegt selbstverständlich das Endziel der völligen politischen Zertrümmerung des Deutschen Reichs, wonach Poincaré die Gefahr der deutschen Revanche als besetzt betrachtet würde. Er glaubt nämlich, daß nach Erstellung der „rheinischen Republik“, nach Annektion des Saargebietes, nach Trennung Süddeutschlands, namentlich Bayerns von Norddeutschland, es der französischen Propaganda gelingen werde, mit der Zeit das Rhein-

## Eine neue Krisis im Reichskabinett.

### Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen. — Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung.

#### Die Vorgänge in Berlin.

Berlin, 3. Nov. In der gestrigen Besprechung mit den Führern der sozialdemokratischen Partei und den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien führte der Reichszankler auf Grund der vorangegangenen Aussprache mit den nicht sozialdemokratischen Ministern folgendes aus: Durch die Tatsache, daß es die Sozialdemokratische Partei für richtig befunden hat, ihre Forderungen durch die Presse bekannt zu geben, sei die Situation außerordentlich erschwert worden. Selbst wenn die Mehrheit des Reichskabinetts an sich die Möglichkeit gehabt hätte, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen, so sei durch jene Veröffentlichung ein derartiges Entgegenkommen der Reichsregierung fast ausgeschlossen worden, weil damit der Eindruck erweckt worden wäre, daß die Reichsregierung sich dem Willen einer einzelnen Partei beuge und sich ihre Handlungen von der Sozialdemokratie diktiert lasse. Der Vorwurf, den weite Volkskreise bisher mit Unrecht gegen das Kabinett Stresemann erhoben hätten, daß es unter bestimmendem marxistischem Einfluß stehe und handle, wäre dann in der Öffentlichkeit als richtig und erwiesen angenommen worden. Aber auch sachlich seien der Reichszankler und die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts nicht in der Lage, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen. Weder die allgemeine innenpolitische Lage, noch vor allem die Verhältnisse in Sachsen und an der thüringisch-bayerischen Grenze gestatten zur Zeit die Aufhebung des Ausnahmezustandes oder seine Abänderung in einer Form, die die vollziehende Gewalt Zivilpersonen überträgt. Auch einen Zeitpunkt anzugeben, an dem die an sich sicherlich erwünschte Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen könne, sei unter den obwaltenden Umständen nicht möglich. Daneben würde durch die Abänderung des Ausnahmezustandes in diesem Augenblick auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen in der Reichswehr, die verfassungs- und pflichtrechtlichen ihre Schuldigkeit getan habe und tue, das für sie und für die Reichsregierung nicht tragbare Gefühl erweckt werden, als ob der Reichswehr auf Verlangen einer politischen Partei hin ein unangebrachtes Mißtrauen gezeigt würde. — Nach der Fraktionsführung der sozialdemokratischen Partei wurde der Reichszankler von dem Beschluß der Fraktion in Kenntnis gesetzt, daß die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts, Reichsminister Soltmann, Reichsjustizminister Dr. Radbruch und

land und Saargebiet ebenso zu Französern wie seinerzeit das Elsaß. Wenn nun Poincaré seit Jahr und Tag immer wieder betont, daß Frankreich keine „Annektionen“ beabsichtige, so strafen ihn nicht nur die laufende propagandistische Artikel in der französischen Presse und die Schriften erster Politiker und Militärs Lügen, auch sämtliche militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aktionen Frankreichs seit Besetzung des Rheinlands und schließlich der Einbruch ins Ruhrgebiet waren bis in die kleinsten Einzelheiten auf dieses letzte Ziel eingestellt. Deshalb glauben wir auch nicht an die ehrlichen Absichten Poincarés hinsichtlich der angeregten Sachverständigenkonferenz.

Was nun die Haltung der angelfächsischen Staaten anbelangt, so bleiben wir ebenfalls auf unserer Auffassung bestehen, daß wir an die ernstliche Absicht einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage durch England und Amerika solange nicht zu glauben vermögen, als diese Staaten lediglich durch Reden und Erklärungen ihrer Staatsmänner und Politiker diese angebliche Absicht zum Ausdruck bringen, während seit 4 Jahren Frankreich im Ruhrgebiet und Rheinland Gewalttaten auf Gewalttaten häuft, und auch nach den Beobachtungen und Feststellungen der andern Alliierten mehr oder weniger offen den dauernden Besitz dieser Gebiete anstrebt. Hätten England und Amerika sofort nach dem Ruhrbruch scharf gegen diesen Bruch des Versailler Vertrags Stellung genommen, so wäre Poincaré innerhalb absehbarer Zeit gefallen, denn er hat im Innern viele Gegner dieses Systems gehabt, die nur auf den Augenblick eines äußeren Anstoßes warteten, und auch heute noch darauf warten. Aber abgesehen von einigen, nur dem ungeweihten Zuschauer gefährlich erscheinenden Kunststücken hat keine englische Regierung bis auf den heutigen Tag die alles Maß allgemein moralischen und völkerrechtlichen Denkens

Reichsminister für den Wiederaufbau, Robert Schmidt, aus dem Reichskabinett ausgeschieden.

#### Die Lage nach dem Austritt der Sozialdemokratie.

Berlin, 3. Nov. Auf die Frage, was nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung geschehen wird, werden von den Blättern 2 Möglichkeiten bezeichnet: entweder der Reichszankler erkläre den Rücktritt des Gesamtkabinetts, oder es finde lediglich eine Ergänzung des jetzigen Kabinetts statt. In parlamentarischen Kreisen hält man die letztere Möglichkeit für die wahrscheinlichere. Man spricht von der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, also aus deutscher Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten. Als wichtigste Folge des Zerfalls der großen Koalition wird von den Blättern das Außerkräfttreten des Ermächtigungsgesetzes bezeichnet. Die auf Grund des Gesetzes erlassenen Verordnungen bleiben jedoch in Kraft. Die weiteren Maßnahmen der Regierung könnten nach dem Fortfall des Ermächtigungsgesetzes auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung ergriffen werden. Ueber die fernere Haltung der sozialdemokratischen Partei schreibt der „Vorwärts“, daß das Reichskabinett auf die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr rechnen könne. Die Sozialdemokratie werde jedoch auch außerhalb der Regierung es nicht unterlassen, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen ihrer überlegten Kampfmethode und der sinnlosen, von Illusion zu Illusion taumelnden Putschtaktik der Kommunisten. Daß der Zerfall der großen Koalition im Reich eine Sprengung der großen Koalition in Preußen zur Folge haben wird, wird von den Blättern als unwahrscheinlich bezeichnet, da das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten in Preußen an der großen Koalition festhielten. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei siehe noch nicht fest.

#### Die Krankheit des Reichszanklers unbedenklich.

Berlin, 2. Nov. Die Erkrankung des Reichszanklers wird laut „B. Z.“ vom Arzt als durchaus unbedenklich bezeichnet. Sie sei eine Folge der übermäßigen Arbeitsleistung in den letzten Wochen und dürfe sich durch Bette Ruhe schnell beheben. In der Umgebung des Zanklers werde damit gerechnet, daß das für heute anberaumte Programm durchgeführt werden könne.

rücksichtslos überschreitende Brutalität der Franzosen ernstlich einzudämmen versucht. Und so läßt man nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sowie seine Finanzkraft von den Franzosen ruinieren — obwohl man tausendmal a m t l i c h festgesetzt hat, daß diese Methoden Deutschland völlig zahlungsunfähig machen müssen — der angelfächsischen Kapitalismus hilft selbst mit, unsere Währung total zu vernichten, und damit das wirtschaftliche Chaos in Deutschland herbeizuführen, denn die Bewertung der Mark in Newyork und London trägt selbstverständlich keinen wirtschaftlich-finanziellen, sondern a u s g e s p r o c h e n politischen Charakter. Weil wir auf der einen Seite die feitherige absolute Passivität der Angelfachsen, auf der andern Seite die mehr oder weniger verschleierte Tätigkeit in bezug auf die Vernichtung unserer Währung sehen, müssen wir auf unserer leider bis auf den heutigen Tag durch Tatsachen nicht widerlegten Vermutung beharren, daß auch dieser Schritt Englands und Amerikas nur dazu dienen soll, die von der Entente betriebene Verschleppungspolitik bezüglich der endgültigen Regelung der Reparationsfrage durch moralische Gesten oder von Anfang an zum Mißerfolg verdamnte Konferenzen vor der Welt zu verschleiern. In einem Augenblick, wo das wirtschaftliche und finanzielle Chaos in Deutschland zu Hungerrevolten treibt, wo im Ruhrgebiet infolge der absichtlichen Verschleppung der Wiederaufnahme der Arbeit und des Verkehrs Arbeitslosigkeit, Unruhen und Hungersnot drohen, da werden große akademische Auseinandersetzungen darüber gepflogen, auf welcher Basis der gewünschte Sachverständigenausschuss gebildet und mit wie weit gehenden Zuständigkeiten er ausgestattet werden soll. Das ist ungefähr dasselbe Manöver, das England im Juli 1914 anwendete, um seine Kriegsabsicht zu verschleiern, indem es in einem Augenblick, wo Rußland schon mobilisierte, die Abhaltung

ber 1923.  
reubeforgter  
+  
sanft ent-  
ndern  
Georg.  
2 Uhr.

von keiner  
ten-Gruppe  
gen ist, der  
ner Blatt.  
eder durch  
der forger  
es hält,  
Grund von  
er erschienen  
ner Blatt.  
der schreibe  
gerade die  
inem Kauf  
angebot oder  
lt.

en hat, der  
Aufträge  
Bedarf an  
n, Mitteil-  
ten, Briefe  
die Not-  
dingt uns,  
einen Aus-  
er, daß die  
ist.

en  
en  
g die  
erei.

Einen 7-jährigen  
reinweißen  
Zuchtbock  
gegen Milchziege  
g  
arth, Schleiftale.

ame?

eszeitung!  
wirkung!

einer Konferenz vorschlag, damit die russische Heere während dieser Zeit besser an die deutsche Grenze hätten herankommen können. Heute handelt es sich ebenfalls um die Notwendigkeit raschen Eingreifens, wenn das Chaos nicht Deutschland und damit auch Europa verschlingen soll, und deshalb sollte von amerikanischer Seite endlich einmal auf das triviale Spiel der für die Einhaltung des Versailler Vertrags ebenso wie Frankreich verantwortlichen anderen Mächten mit mehr Nachdruck als bisher hingewiesen werden, damit man in London und Washington begreift, daß wir diese Komödie satt haben. Bei uns aber sollte man nicht jede Ankündigung aus London oder Washington, die von neuen „Vorschlägen“ spricht, für ernst nehmen, und so die Verschleppungs- und Verschleierungs-politik der Angelsachsen noch begünstigen. Was soll das für uns im gegenwärtigen Augenblick, der ein Zurückgehen vom Abgrund erfordert, bedeuten, wenn ein verlogenes, und lediglich auf die Irreführung der öffentlichen Meinung Europas bedachtes Blatt wie die „Chicago Tribune“ „halbamtlich“ aus Washington zu melden weiß, daß die Regierung „mit den erzielten Fortschritten hinsichtlich der Organisation des Sachverständigenausschusses in vollem Umfange befriedigt“ sei, während die politischen Führer sich noch herumstreiten, ob es für Amerika vorteilhaft sei, sich überhaupt an dem Ausschuss zu beteiligen, und die Präsident selbst „die stärksten Zweifel hegen“ soll, daß das Verfahren — nämlich die Unterstellung des Sachverständigenausschusses unter die Reparationskommission zum Ziele führe. Und was soll man sagen, wenn England in Paris auf die „Sachlage“ aufmerksam macht, die eine „Lösung gewisser Provinzen“ von Deutschland nach sich ziehen könnte durch den Umstand, daß sie den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet, also auch nicht u n m i t t e l b a r die Verpflichtungen übernommen hätten, die sich für das Reich daraus ergäben.“ Das ist doch schon eine halbe Anerkennung der französischen Annektionspolitik, denn darüber dürften sich die deutschen Stämme klar sein, geschenkt würden ihnen trotzdem die Reparationen nicht.

So sieht also die mit großem Tamtam wieder einmal in Szene gesetzte „Intervention“ der Angelsachsen aus, und weil die Franzosen bisher so gute Erfahrungen mit solchen Manövern gemacht haben, fahren sie in ihrer Vergewaltigungs- und Vernichtungspolitik fort, in der Hoffnung ihr Ziel zu erreichen, ehe die angelsächsischen Bundesgenossen wirklich „ernst“ machen könnten. D. S.

### Amerika lehnt die einschränkenden Vorbedingungen Frankreichs ab.

London, 3. Nov. Während in unterrichteten Kreisen weiterhin angenommen wird, daß die Einschränkungen der französischen Regierung bezüglich der geplanten Sachverständigenuntersuchung weder in den Augen der britischen, noch der amerikanischen Regierung ein Hindernis für den Zusammentritt eines beratigen Ausschusses bilden würden, besagen Agenturmeldungen aus Washington, es verlautete, daß Staatssekretär Hughes in einer Darlegung der amerikanischen Haltung zu den den Reparationsausschuss betreffenden Vorschlägen gegenüber dem französischen Geschäftsträger in Washington Kargemacht habe, daß die Vereinigten Staaten sich von der geplanten Untersuchung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zurückziehen würden, wenn das Programm der Konferenz im Voraus von Poincaré eingeschränkt würde. Von maßgebender Seite verlautete, daß die Darlegungen des Staatssekretär Hughes folgende Punkte enthalten hätten: 1. Die Vereinigten Staaten hätten angenommen, daß Frankreich den Plan des Staatssekretär Hughes ohne Einschränkung mit Bezug auf sein Programm angenommen habe. 2. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß die Zusammenkunft völlig fehlerhaft wäre, wenn die Sachverständigen verhindert würden, die gesamte Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu erörtern. 3. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, es sei zwecklos, mit Konferenzen unter Beschränkungen fortzufahren. 4. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die bei Einstimmigkeit der Billigung der Regierungen eine Verminderung der Reparationen vorsehen, eine Erwägung der gesamten Reparationssumme gestatten.

London, 3. Nov. Reuter meldet aus Washington, von maßgebender Seite werde erklärt, daß Personen, die mit der inneren Politik zu tun haben oder Geschäftsleute mit ausgedehnten internationalen Interessen für die Mitgliedschaft in der Kommission zur Untersuchung der Reparationsfrage nicht in Betracht kämen. Hiernach sei die Ernennung Morgans zum Mitglied der Kommission ausgeschlossen. Es werde erwartet, daß lediglich ein Amerikaner als Sachverständiger ernannt werden werde, daß dieser aber einen Stab von Ratgebern haben werde. Indessen herrsche die Auffassung, daß die Auslegung, die in Paris der Rede Poincarés in Sampigny gegeben werde, einen neuen Faktor in der Lage bilde und daß Amerika nicht handeln könne, bevor offiziell bekannt sei, welche Einschränkungen Frankreich vorschläge.

### Halbamtliche Mitteilung über den Standpunkt Frankreichs.

Paris, 2. Nov. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die französische Regierung die Mitteilung der englischen Regierung vom 31. Oktober beantwortet hat, in der England, Frankreich, Italien und Belgien auffordert, sich einer Kollektiv Einladung an die Vereinigten Staaten anzuschließen, in der diese um Beteiligung an der von der Reparationskommission einzuberufenden Konferenz von Sachverständigen zum Studium der deutschen Zahlungsfähigkeit gebeten werden. Die französische Regierung beilegte sich, ihr Einverständnis mit der vorgesehene Mitwirkung Amerikas auszusprechen, fordert indessen, daß die wirtschaftliche Enquete sich ausschließlich auf die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit bezieht und daß sämtliche Rechte der

Reparationskommission aus dem Versailler Vertrag dieser vorbehalten würden.

### Ein „Zugehörigkeits“ Poincaré's.

Paris, 2. Nov. Nach einer Havasmeldung aus London soll Poincaré, einigen Blättern zufolge, die ihre Informationen aus französischen diplomatischen Kreisen herleiten, geneigt sein, sich mit der Unterjochung des Sachverständigenkomitees in Berlin einverstanden zu erklären.

### Die gemeinsame Einladung der Alliierten an Amerika „in Vorbereitung“.

London, 3. Nov. (Reuter.) Der Meinungs-austausch zwischen den alliierten Regierungen bezüglich des ganzen Wortlautes der an die amerikanische Regierung zu richtenden Einladung, einem amerikanischen Bürger die Teilnahme an der Reparationsprüfung zu gestatten, nimmt seinen Fortgang. Es wird erwartet, daß die gemeinsame Einladung binnen Kurzem nach Washington gesandt werden wird, deren Wortlaut sich wahrscheinlich an die Note der amerikanischen Regierung vom 16. Oktober halten wird, in der diese sich zur Teilnahme an der vorgeschlagenen Untersuchung bereit erklärt.

### Ein Schritt Deutschlands in Paris bezüglich der Sachlieferungen.

Paris, 2. Nov. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hösch, hat heute Abend am Quai d'Orsay eine Demarche betreffend die Sachlieferungen Deutschlands unternommen.

### Ein Abkommen zwischen Krupp und den Franzosen.

Essen, 3. Nov. Die zwischen der Firma Krupp AG. und der französischen Kommission in Düsseldorf in letzter Zeit gepflogenen Verhandlungen haben gestern zu einem Abkommen geführt.

### Die separatistische Bewegung im Rheinland. Ein neuer Angriff auf Aachen. — Entwaffnung der Sonderbündler durch die Belgier.

Aachen, 2. Nov. Die Sonderbündler haben sich heute früh am Marktplatz festgesetzt und beschossen von dort seit 7 Uhr das Rathaus. Sie haben auch die Wasserrohre durchgeschnitten, sodaß die Gegend des Marktplatzes teilweise unter Wasser steht. Vom Rathaus aus sind Hilferufe ergangen, man möchte die Sirenen in der Stadt heulen lassen und die Kirchenglocken läuten.

Aachen, 2. Nov. Das Rathaus ist von den Sonderbündlern gegen 2 Uhr vormittags besetzt worden. Die Feuerwehrlente und die Angestellten wurden mit dem Befehl „Hände hoch“ von den Sonderbündlern abgeführt. Die Belgier, die als Waache am Rathaus standen, haben nicht eingegriffen. Man erwartet weitere Angriffe der Sonderbündler gegen die öffentlichen Gebäude.

Aachen, 2. Nov. Die Sonderbündler wurden heute Nachmittag auf Anordnung des Verkehrsbelegierten, der im Auftrag der Rheinlandkommission handelte, durch die belgische Gendarmerie entwaffnet. Sie dürfen keine Armbinden und keine Waffen mehr tragen. Ein Teil von ihnen begab sich nach dem Bahnhof. Das Rathaus und das Regierungsgebäude wurden von der deutschen Polizei besetzt und die Fahnen der Sonderbündler heruntergeholt. Die beschlagnahmten Waffen werden unter Aufsicht des Gendarmeriekommandanten aufbewahrt und der Leiter der deutschen Polizei wurde persönlich für die Sicherheit der Sonderbündler bei ihrem Abzug verantwortlich gemacht. Von den einzelnen Personen, die von den Sonderbündlern gefangen gehalten wurden, ist bekannt, daß sie wieder frei sind, so von Landrat von Monschau und einem Beamten des Polizeipräsidiums. Die Bevölkerung, die sehr erregt war, wurde durch die Polizei nach Abzug der Sonderbündler beschwichtigt. Der Kreisdelegierte gibt bekannt, daß bis auf Weiteres jeder Verkehr von Bewaffneten, besonders bewaffneten Scharen, das Beslaggen oder das Tragen von Fahnen und Armbinden, sowie jeder Verkehr von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens im Stadt- und Landkreis verboten wird.

Köln, 3. Nov. Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Hagen ist die Entwaffnung der Sonderbündler auf telegraphischen Befehl der belgischen Regierung erfolgt.

Aachen, 3. Nov. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei den Kämpfen um den Besitz des Rathauses 3 Tote zu beklagen. In die Krankenhäuser eingeliefert wurden ungefähr 20 Verletzte.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Die wiederholte Ablehnung des Zonenabkommens durch die Schweiz.

Bern, 2. Nov. Der schweizerische Gesandte in Paris hat der französischen Regierung eine Note des Bundesrats überreicht, in welcher der Bundesrat wiederholt sein Erstaunen über das Vorgehen der französischen Regierung zum Ausdruck bringt. Der Bundesrat bedauert das Vorkommnis und wehrt sich entschieden gegen die in der französischen Note enthaltenen Vorwürfe gegen die schweizerische Regierung. Der Bundesrat weist zum wiederholten Male darauf hin, daß jeder neue schweizerische Vorschlag von der festgesetzten Willensmeinung ausgehen werde, das Wesen der Zoneneinrichtung nicht mehr zu opfern. Das im Abkommen vom 7. 8. 21 gemachte Zugeständnis, welches Frankreich ermächtigt, den Zollgürtel an die politische Grenze zu rücken, war ein rein tatsächliches Zugeständnis. Der Bundesrat hat stets bestritten, daß er rechtlich zu diesem Zugeständnis verpflichtet sei. Das schweizerische Volk hat das Abkommen verworfen und der hierfür entscheidende Grund war, daß es jenes Zugeständnis enthielt. Der Bundesrat könnte zu einer Uebereinkunft, die die Bestim-

mungen der Verträge von 1815 und 1816 aufheben würde, nicht mehr die Hand bieten, außer, wenn sich die französische Regierung zu der Gegenverpflichtung hergibt, an der Grenze der Kantone Genf, Waadt und Wallis durch ein unkündbares Abkommen eine Frei- oder Zugangszone zu schaffen, die der topographischen Lage entsprechen würde und bestimmt wäre, die freundschaftlichen Beziehungen und den Handelsverkehr zwischen den schweizerischen und den französischen Grenzgebieten zu erleichtern. Auf dieser Grundlage werden die von der Genfer Handelskammer im Auftrag des Bundesrats unternommenen Arbeiten durchgeführt. Die Note betont, daß die Parteien nochmals alle Anstrengungen machen müssen, um sich mit voller Klarheit auseinanderzusetzen. Sie schildert ausführlich die Arbeiten und die Untersuchungen der Genfer Handelskammer in dieser Angelegenheit und weist unter Betonung auf die Mitgliedschaft der beiden Staaten zum Völkerbund die Notwendigkeit eines Schiedsspruches nach.

### Italien und die Tanagerfrage.

Paris, 31. Okt. Die italienische Regierung hat, wie Havas mitteilt, bei den Regierungen von London, Madrid und Paris Vorstellungen erhoben wegen ihrer Nicht-Beteiligung an der Tanager-Konferenz. Die drei beteiligten Parteien seien z. Bt. im Begriff, sich über die Antwort an Rom zu verständigen, in der aller Wahrscheinlichkeit nach die praktischen und rechtlichen Gründe auseinandergesetzt würden, die diesen Entschluß begründeten.

### Der Aufruf des holländischen Roten Kreuzes für Deutschland.

Amsterdam, 3. Nov. Das holländische Rote Kreuz veröffentlichte gestern einen Aufruf, in dem in kurzen, ergreifenden Worten die furchtbare Notlage des deutschen Volkes geschildert und das holländische Volk aufgefordert wird, dem östlichen Nachbar des Landes in derselben großzügigen Weise Hilfe zu leisten, wie es dies seinerzeit anlässlich der russischen Hungersnot getan habe.

### Speisung deutscher Kinder durch eine amerikanische Wohlfahrts-Gesellschaft.

Newyork, 1. Nov. (Durch Funkdruck.) Generalmajor Allen, der von Washington kommend in Chicago eintraf, teilte mit, daß Pläne in Vorbereitung seien, in diesem Winter 2 Millionen deutsche Kinder durch Vermittlung der amerikanischen Gesellschaft der Freunde zu speisen. Allen ist der Vorsitzende des amerikanischen Komitees, das sich mit der Förderung des von Hoover unterstützten Liebeswerkes beschäftigt.

### Deutschland.

#### Eine Verordnung gegen die Spekulation mit Goldanleihe. Verordnung über den Handel mit wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches.

(Goldanleihe zum Einheitskurs) v. 2. 11. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (R.G.Bl. I, Seite 943) verordnet die Reichsregierung: § 1. Die Vorschriften der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschah-anweisungen zum Einheitskurs vom 22. Oktober 1923 (R. G. Bl. I, S. 991) finden auf den Erwerb und die Veräußerung von wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.

§ 2. Die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches darf als Kaufpreis für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtlich in Berlin notierten Kurs am Tage des Geschäftsabschlusses abgegeben und angenommen werden und zwar zum Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischen liegenden Kurs. Bei Preisstellung in ausländischer Währung oder Goldmark kann die Eingabe und Annahme auch mit der Maßgabe erfolgen, daß die Zahlung der Goldmark oder des auf Dollar umgerechneten Betrages der ausländischen Währung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches zum Nennwert erfolgt. Die Einräumung eines Preisabschlages für den Fall der Zahlung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches bleibt unberührt.

§ 3. Auf Zuwiderhandlungen gegen § 2 finden die in §§ 5 und 8 der Verordnung vom 22. Okt. entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt auch die Verbreitung durch das Volkssche Telegaphenbüro in Berlin und die Veröffentlichung in der Presse.

Berlin, den 2. Nov. 1923.  
Der Reichskanzler (gez.): Stresemann.  
Der Reichswirtschaftsminister (gez.): Röh.  
Der Reichsfinanzminister (gez.): Dr. Luther.

#### Ausgabe der Rentenmark am 10. November.

Berlin, 3. Nov. Nach einer Mitteilung des „Berliner Lokal-anzeigers“ soll die Ausgabe der Rentenmark und zugleich die Stilllegung der Notendrucke am 10. November erfolgen.

#### Beamtengehälter und wertbeständige Zahlungsmittel.

Berlin, 3. Nov. Laut „Vossischer Zeitung“ hat das Reichsfinanzministerium eine Verfügung erlassen, daß bei den Lohnzahlungen an Reichsarbeiter am 8. November und bei den Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte am 9. November 10 Prozent der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen.

#### Die Zahlungsmittelknappheit überwunden?

Berlin, 3. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ aus der Reichsbank erfährt, kann die Zahlungsmittelknappheit als überwunden gelten. Gestern wurde in Berlin voll ausgezahlt. Der Provinzbedarf ist schon seit vorgestern vollkommen befriedigt.

# Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. November 1923.

## Entlastung der Finanzämter.

Um die Finanzbehörden für die Aufgaben, die ihnen aus der Umstellung des Steuersystems auf die Goldmark erwachsen, freizumachen, hat der Reichsminister der Finanzen am 24. Oktober 1923 eine Verordnung zur Entlastung der Finanzbehörden erlassen. Durch diese Verordnung wird ein beträchtlicher Teil der Rechtsmittel für erledigt erklärt. Ausgenommen hiervon sind Rechtsmittel gegen Veranlagungen zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer 1922, soweit diese Veranlagungen gegen die Grundlage für erhöhte Vorauszahlungen im Jahre 1923 und für die Zahlung der Rhein-Ruhrabgabe bilden, Beschwerden gegen solche Bescheide, durch die ein Finanzamt erhöhte Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer festgesetzt hat, Rechtsmittel im Sicherungsverfahren und im Verwaltungsstrafverfahren, sowie Rechtsmittel gegen Bescheide, durch die eine Finanzbehörde auf Grund des Steuernachschlagsverfahrens Vermögen für verfallen erklärt hat. Für alle übrigen Rechtsmittel werden folgende Unterscheidungen gemacht: 1. Beschwerden, Einsprüche, Berufungen und Anfechtungen sind erledigt, wenn der Streitgegenstand am 13. Oktober 1923 keinen höheren Wert als 1 Milliarde Mark gehabt hat. 2. Bei Beschwerden, Einsprüchen, Berufungen und Anfechtungen, deren Streitgegenstand am 13. Oktober mehr als 1 Milliarde, nicht aber mehr als 3 Milliarden Mark wert gewesen ist, ist das Verfahren unterbrochen. 3. Das Verfahren über Rechtsbeschwerden vor dem Reichsfinanzhof ist unterbrochen, wenn der Wert des Streitgegenstandes am 13. Oktober 1923 den Betrag von 3 Milliarden Mark nicht überstiegen hat. Kosten werden für erledigte Rechtsmittel nicht erhoben.

## Kleinhandelspreise.

Für die Kleinhandelspreise hat das Arbeitsministerium bestimmt: Der Multiplikator gilt jeweils für volle 24 Stunden, gerechnet von nachmittags 3 Uhr bis andern Tags nachmittags 3 Uhr; der Sonntag wird dabei nicht eingerechnet. Eine Erhöhung des Multiplikators im Laufe dieser 24 Stunden auf eine Zahl, die den Wert einer Goldmark nach dem letzten amtlichen Dollarbriefkurs der Berliner Börse übersteigt, ist als Preistreiberi unzulässig und strafbar. Der Multiplikator ist in jedem Schaufenster, sowie in den Läden an deutlich sichtbarer Stelle als wesentlicher Bestandteil der Preise auszuhängen.

## Rücktritt des Staatssekretärs Stieler.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Nov. Laut „Reichsanzeiger“ ist dem Staatssekretär Stieler im Reichsverkehrsministerium die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden. Stieler, bekanntlich ein Württemberger, und viele Jahre hindurch Chef des württ. Eisenbahnbauwesens, trat mit Inkrafttreten der Eisenbahnverkehrsminister als Staatssekretär in das Reichsverkehrsministerium ein.

## Kleine Anfragen.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Nov. Der Abg. Hartmann (D.B.) hat an das Staatsministerium eine kleine Anfrage gerichtet, die sich auf die hohen Fleischpreise bezieht und in der eine Einschränkung der Händlerzahl, sowie eine Ausfuhrsperrung verlangt wird. — Die Abg. Fischer, Siller und Aug. Müller verlangen Maßnahmen gegen die Einwanderung der aus Bayern ausgewiesenen ostgalizischen Juden.

Liebenzell, 31. Okt. Man schreibt uns: Auf Veranlassung der Ortsgruppe des Evang. Volksbundes hielt auch hier Arbeitersekretär Springer (Stuttgart) einen Vortrag am Sonntag Nachmittag im Gemeindehaus über den Sozialismus im Verhältnis zum Christentum. Seine klar und packenden Darlegungen über den Sozialismus als

# Anzeigen-Schlüsselzahl 100 000 000

wirtschaftliche Form, als Gesinnung u. als Bewegung hielten die zahlreichen Zuhörer in angepannter Aufmerksamkeit und fanden allgemeinen Beifall. Besonders wertvoll war es, wie er den Gegensatz zwischen Christentum und Sozialismus oder genauer christlicher Kirche und Sozialdemokratie aus der Geschichte begründete und die Gesinnung als maßgebendes Moment in den Vordergrund stellte und so zum persönlichen Bekenntnis kam, daß der Marxismus als Gesinnung, d. h. der Wille zur Selbsterlösung, der christlichen Wahrheit von Gnade und Erlösung durch Christus widerspreche und darum für den Christen unannehmbar sei. Auch die Erwiderung des Diskussionsredners, Gemeinderats Kint, der im allgemeinen den Ausführungen zustimmte, nur in einzelnen sozialdemokratischen Parteifragen eine stärkere Mitwirkung der Kirche wünschte, konnte den starken Eindruck des Referenten nicht abschwächen. Ja, der Leiter der Versammlung, Stadtpfarrer Lempp, ebenso der Referent selbst in seinem Schlußwort verstanden es, in ihren Erwiderungen zu zeigen, daß gerade diese Ausführungen von sozialdemokratischer Seite bewiesen, daß eben das Christentum seinen Zweck verfehlt, wenn es Privatsache des Einzelnen bleibe und nicht mit seinem Liebesgeist das ganze Volk durchdringe und sich so auch in diesen Einzelfragen tatkräftig und hilfreich erweise in dieser Zeit der allgemeinen Not.

Leinach, 2. Nov. Am Montag, den 29. Okt., hat im Sitzungssaal des hiesigen Rathauses ein Vortrag stattgefunden. Als Redner wirkte der bekannte Herr Arbeitersekretär Springer, der im Dienst des Evang. Volksbundes in Stuttgart. Der Redner sprach über das Thema „Sozialismus und Christentum“. Er redete klar und fesselnd, und es gelang ihm, den Zuhörern die geschichtliche Entwicklung des Sozialismus verständlich zu machen. Ueberzeugend legte er dann weiter dar, daß das Christentum an kein politisches Bekenntnis gebunden sei, und daß man auch im Sozialismus ein Christ sein könne. Je mehr jemand das Christentum sich angeeignet habe, und je tiefer er in das Verständnis desselben eingedrungen sei, desto mehr werde er davor bewahrt, in der Masse unterzugehen und seine persönliche innere Ueberzeugung dem Allgemeinurteil zu opfern. Im Christentum, d. h. im Anschluß an Jesus Christus, entstehen ganze Persönlichkeiten, die, wenn es sein muß, auch ein Martyrium auf sich zu nehmen vermögen. Die zahlreich besuchte Versammlung hörte dem Redner von Anfang bis zu Ende mit gespannter Aufmerksamkeit zu und war dankbar für das Gehörte.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Nov. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat erneut die Einberufung des württembergischen Landtags beantragt.

(S.C.B.) Seeborn, O.A. Rottenburg, 2. Nov. Der Gemeindefarmer wurde von einem auswärtigen Viehhändler für die Summe von 16,8 Millionen Mark gekauft. Auf Goldmark umgerechnet sieht der Farren auf etwas über 1000 Goldmark. Das Paar Ochsen kostete im Frieden 800—1200 Mark.

(S.C.B.) Gochsen, O.A. Redersulm, 2. Nov. Als der Reichstagsabgeordnete Vogt (Bauernbund) zwei für den Schützenverein Gochsen bestimmte Karabiner zum Schießen mit Kleinmunition auf der Kofertalbahn mit sich führte, wurde ihm laut „Unterländer Volkszeitung“ beim Halten des Zugs das Paket von etwa 30 Kanalarbeitern entrisen.

(S.C.B.) Taldorf, O.A. Ravensburg, 2. Nov. Der ledige Landwirt Gottlieb Geiger von Albersfeld, Gde. Taldorf, hat sich in seinem elterlichen Hause mit einer Vogelflinte erschossen. Er

hatte vor mehreren Jahren seinen Bruder mit einem Spaten totesgeschlagen, vor einigen Tagen seine Schwester angeschossen, so daß sie im städt. Spital ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Geiger hatte sich im Krieg ein unheilbares Nervenleiden zugezogen, was ihn auch zu seinen unglücklichen Taten bewegen haben mag.

(S.C.B.) Weingarten, 2. Nov. Landwirt Späth in Oberspringen, Gde. Bligenreute, hat in Bligenreute für die Armen von Weingarten Kartoffeln gesammelt. 35 Zentner können unentgeltlich an diese verteilt werden.

(S.C.B.) Jenz, 2. Nov. Die drei Vorstandsmitglieder der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank wurden verhaftet, wahrscheinlich wegen privaten Besitzes von Devisen, die nicht angemeldet waren.

# Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

## Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	320 800 000 000 Mt.
1 Goldmark	76 880 952 380 Mt.
1 Schweiz. Franken	54 935 000 000 Mt.
1 franz. Franken	18 446 000 000 Mt.
1 holl. Gulden	122 305 000 000 Mt.
Reichsindez für Lebenshaltung	16 371 Ma.

## Der amtliche Mittelkurs.

Berlin, 2. Nov. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende Mittelkurs des Dollars ist heute, am 2. November 1923 320 Milliarden.

## Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 1. Nov. (Vom Wochenmarkt.) Heute kosteten in Millionen: Edeläpfel 1250—1500, Tafeläpfel 800—1250, Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 750—900, Spallerbirnen 1250—1500, Tafelbirnen 775—1250, Quitten 375—750, Kraut 200—250, Rotkraut 300—500, Röhrl 320—450, Zwiebeln 625—1000, gelbe Rüben 320 bis 460, Spinat 1000—1250 das Pfund, Rettiche 90—375, Rosenkohl 500—1250, Blumenkohl 625—2500, Kopfsalat 125—330, Endivien-salat 200—550, Sellerie 125—500 das Stück; Schmalz, Butter und Eier waren nicht angeboten. Weiter kosteten: Margarine 13 000 bis 14 700, Schmelzmargarine 16 000, Kokosfett 18 000—14 000, Palmöl 15 000, Speisefett 16 000; Edamerkäse 3800, Tilsiter 4000, Backstein-käse 2400 die 100 Gramm, Kräuterkäse 1000—1200 der Stüpfel, Camembert 3300 das Stück; Mehl 3800, Feigwaren 8000—10 000, Grieß 5000, Reis 5400, Kunsthonig 6500, Erbsen und Bohnen je 6000, Pflin 7000—8000, Milchpulver 22 000—22 500, Dörrzweitschgen 7500—8500, Schnitz 5000 das Pfund, Dosenmilch bis 13 000, Hefe 600 bzw. 1200 die Portion.

(S.C.B.) Gerabronn, 2. Nov. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 150 Milchschweine, die sämtlich zum Paarpreis von 200 bis 500 Milliarden verkauft wurden. Für Käufer wurde pro Stück 300 Milliarden bezahlt.

(S.C.B.) Reutlingen, 2. Nov. Der Schranne waren zugeführt: 325 Rilo Weizen, 752 Rilo Gerste, 727 Rilo Haber. Verkauft wurde alles. Preis per Doppelzentner in Milliarden Mark: Weizen 320, Gerste 200—310, Haber 200—210.

(S.C.B.) Tettnang, 2. Nov. Im Hopfengeschäft herrscht ruhiger Einkauf bei Preisen bis zu 2,3 Billionen.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. politischen Besondere in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schlußleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Köhler'schen Buchdruckerei, Calw.

# Ständiges Inferieren bringt Erfolg!

Theologieprofessors in Marburg, ihren so Aufsehen erregenden vielgelesenen Roman „Die Heilige und ihr Mann“ sich abspielen läßt. Nicht am Sitze des großen Elektrizitätswerks des Kantons Zürich wähnte ich zu sein, sondern in dem idyllischen baumreichen „Unterregbach“ [Unterregbach]. So wenig hatte der Mann nach Jahrzehnten die Sprache Gäuweles, des alten Raiestaaners verloren. Als ich bedauerte, kein „Wächelich“ zu haben, dem ich a „Gailich“ vorspannen könne und la Straßlich for dia a Hand und s „Paittschlich“ for die ander, wurde er quitsch-vergnügt. Er hatte seinen fränkischen Dialekt so gerne wieder gehört. Vor Jahren, in der Zeit der größten „Klemme“ war ich in jener fränkischen Gegend, auf der andern Seite der Bahnlinie, in der „Landwehr“. Frage: Wo kämmes dann hait scho her? Kämmes von Würzburg, von Frankfurt, von Nürnberg? Antwort: Na, i kumm hait von Hall (zutreffend). „I will amole seha, i hab a wenga Schmalz glawa, amer wale, wale. Zum Schluß, als ich den ganzen schönen Gärtnereibetrieb angesehen Frage der Frau: Wohin weiter? Pfarrhaus B. Ah dascht jo mi Schulkamerädl vom Oberland; nur noch 1 1/2 Std. haben Sie. Unterwegs als Reifegefährten und Rudsaftträger-Abblöser einen handfesten Müller aus dem Tessin, der kein Wort Deutsch, aber perfekt französisch sprach, als nächsten ein Champignon-Sucher, der bei meinem Landsmann und Schulkameraden, dem Besitzer des „Beau rivage“ in Genf pätissier gewesen war. Zur Seite und rückwärts zeigte sich das schönste Alpenpanorama, die Kette der 7 „Churfürsten“, der Altmann, der Santis (Säntis). Letzterer bietet hier, von dem westlichen Hochplateau aus betrachtet, eine ganz andere Gestalt, als sie mir von Friedrichshafen her oder vom Obertoggenburg (Wildhus — Wildhaus — Zwinglis Geburtsstätte) vor meinem geistigen Auge schwebte.

(Fortsetzung folgt.)

# Kreuz und quer durch alemannisches Land.

4. Fortsetzung.

Schön ist der Zürcher See. Am frühen frischen Morgen die Konturen der Berge Glärnisch, Tödi, Titlis, Rigi auch die feinen Schneespitzen des Berner Oberlandes scharf gezeichnet, am besten waren sie zu sehen vom Hafens-Quai aus. Nicht die geringsten unserer Geistesheroen haben sie besungen. Klopstock bricht in die Worte aus:

Schön ist Mutter Natur  
Deiner Erfindung Pracht  
Auf die Fluren verstreut

und Goethe

Und frische Nahrung, neues Blut  
Saug ich aus freier Welt;  
Wie ist Natur so hold und gut  
Die mich am Busen hält!  
Die Welle wieget unsern Kahn  
Im Rubertakt hinauf  
Und Berge wolkig himmelan  
begegnen unsrem Lauf.  
Auf der Welle blinken  
Tausend schwebende Sterne  
Weiße Nebel trinken  
Rings die türmende Ferne,  
Morgenwind umflügelt  
Die beschattete Bucht,  
Und im See bespiegelt  
Sich die reifende Frucht.

Die schönen Anlagen, Quais, die vielen modernen Gebäude, Universität, Polytechnikum, Schulen, Landesmuseum u. a. Das alles legt Zeugnis davon ab, daß man sich unter einem reichen, kunstverständigen, lebhaften und arbeitsfrohen Volk befindet. Das Laufen an jenem Abend

wurde mir schließlich zur Qual. Ich war froh, als ich mich Abends in einem schönen Villenviertel bei einem Herrn, mit dem ich schon viel korrespondiert, gründlich ausruhen konnte. Derselbe, ein Mannheimer Fabrikant, Altwürttemberger Abkunft, — mit Baseler Frau, Mutter von St. Gallen — hat es vorgezogen, den jetzt so dornenvollen deutschen Boden zu verlassen und lebt dort in sehr angenehmen, behäbigen Verhältnissen. Nicht unerwähnt möchte ich hier lassen den Umschwung der Stellung der führenden Schweizer Zeitungen zu deutschen Fragen. Während die „Neue Zürcher Zeitung“ über den Krieg nicht einseitig genug Partei ergreifen konnte für die Entente, z. B. in einem Leitartikel nach dem Untergang der „Lusitania“, wurde ich dort gewahrt, daß diese Haltung in das Gegenteil umgeschlagen hat. Von den „Basler Nachrichten“ könnte man das nicht gerade behaupten. Am nächsten Morgen war Raiefeier. Anscheinend machte alles mit. Die Besichtigung der Stadt konnte nicht planmäßig erfolgen, da doch manches geschlossen war. Um so gründlicher aber nahm ich es dafür mit der Besichtigung des überaus reichhaltigen Landesmuseums. Die Bombenhitze, die wunden Füße, die gänzliche Einstellung jeden Autoverkehrs waren Schuld daran, daß an jenem Nachmittage nur 3—4 Stunden zurückgelegt wurden. Unterwegs gabs ein heiteres Intermezzo. Ich lagerte im Schatten eines Baumes zunächst einem Brunnen. Ein nicht feiernder Gelegenheits-Holzjäger nahm mich sofort aufs Korn: Woher? Wohin? Warum? Was „Schwob“. Gli muoß ich min Husbesitzer hola. Di a Schwob. Aber was for aner? Kein richtiger! Anächter ferstlich Höhenlohe-Langeborg'scher, gutmütig, kinderloser Gärtnereibesitzer. Seine Wiege stand in jenem Pfarrdorf jagstabwärts, das die besterhaltene Krypta aus Karolingerzeit unter seinem Pfarrhaus birgt, in der Gegend, in welcher die so früh verstorbene Schriftstellerin Günther-Gös, Gattin des damaligen Defans, späteren

Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug ab 4. November 15000.  
Hirsau, den 2. November 1923.  
Finanzamt: Voelker.

**Breitenberg.**  
Die Gemeinde verkauft am Montag, den 5. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr ca. 20 Festm. **Langholz**  
10 Festm. gegen Barzahlung, 10 Festm. gegen kurzfristige Zahlung.  
Gemeinderat.

**Gemeinde Schmieh.**  
**Bergebung von Bauarbeiten.**  
Zur Erbauung eines Wohnhauses mit Farenstall und Scheuer sind die Grab-, Betonier-, Maurer- und Steinhauer-, Zimmer-, Flaschner- u. Schmiedearbeiten im Submissionsweg zu vergeben. Pläne, Arbeitsbeschrieb und Bedingungen sind auf dem Rathaus in Schmieh zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis Dienstag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, dortselbst eingereicht werden.  
Schmieh, den 1. November 1923.  
Der Gemeinderat.

## Bekanntmachung

Durch Beschluß unseres Verwaltungsrats wurden für Oktober festgesetzt an

**Stromgeld**  
für Licht Mk. 6 Milliarden für Kraft " 4,5 " für 1 Kwst.  
an Zählermiete  
für Lichtzähler Mk. 3 Milliarden  
" Kraftzähler " 6 "

Mit Rücksicht auf die zu erwartende weitere Papiermarkverschlechterung müssen wir dringend um rasche Bezahlung bitten. Wer bis 10. ds. Mts. nicht bezahlt hat, muß einen Zuschlag nach Maßgabe der Geldentwertung entrichten. Die finanzielle Lage der Elektrizitätswerke hat sich derart verschlechtert, daß ein einwandfreier Betrieb nur noch mit Aufbietung aller Kräfte möglich ist.

Station Teinach, den 1. November 1923.  
Gemeindeverband-Elektrizitätswerk  
Teinach-Station (G. E. L.)

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

## Freundliche Einladung,

zu dem am Sonntag abend 8 Uhr im Vereinshaus stattfindenden Vortrag durch Herrn Prediger Volkmann aus Berlin über das Werk der Deutschen Zeitschrift. Im Namen der Gemeinschaft der Südd. Ver. für Evangelisation u. Gemeinschaftspflege.

Neuhengstett.  
Meine **Wirtschaft** bleibt bis auf weiteres geschlossen.  
A. Weinmann & Lamm.

**Hochfeine Liköre**  
aller Art zu billigsten Preisen.  
Fritz Freudenberger.

**Käti Kolb  
Hermann Dill**  
Verlobte  
Calw, November 1923

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 6. November 1923, im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfindenden

**Hochzeitsfeier**  
freundlichst einzuladen.  
**Friedrich Hamann,**  
Sohn des Friedrich Hamann, Waldschütz in Oberkollwangen.  
**Katharine Kübler,**  
Tochter des Johannes Kübler in Weistern.  
Kirchgang um 12 Uhr in Oberkollwangen.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**  
Morgen Sonntag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr:  
**Seepiraten** 4. Episode, mit Eddie Polo. Als Beiprogramm: **Chaplin bei Anna Boleyn**, 2 Akte. — Auch für Jugendliche zugelassen.

# Die Preise

die Sie Ihren Lieferanten für ihre Artikel bezahlen, gestatten es denselben, Reklame für dieselben zu machen. Versäumen Sie nicht bei Abschlüssen, mit Ihren Lieferanten Vereinbarungen zu treffen, daß solche für ihre Artikel in Ihrem Bezirksblatte Reklame machen, es liegt dies in Ihrem und Ihrer Lieferanten Interesse.

**Sie**  
schädigen sich selbst,  
wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftspragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich,**  
wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

**Metallbetten**  
Stahlmatt., Kinderbett., dir. an Private. Katal. 46 S frei.  
Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

**Tausche einjährige Hühner**  
gegen je 1 Ztr. Kartoffeln oder 25 Pfund Gerste.  
Ludw. Hölzer, Unterreichenbach.

**Rundschreiben Preislisten**  
stellt in geschmackvoller Ausführung her die  
**Tagblatt-Druckerei.**

**Ullreinschnittmuster**  
Zu beziehen durch  
**Friedrich Häussler**  
Buchhandlung  
Fernsprecher 61 an der Brücke

**Seelachs**  
eingetroffen.  
Fritz Freudenberger.

**Bertausche**  
einen Wurf schöne Milchschweine gegen Frucht, Roggen oder Weizen.  
Gottlieb Münch, untere Mühle, Kapfenhardt.

**Klavier- und Harmoniumstimmer**  
kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.  
**Willy Sattler, Pforzheim,**  
Gellertstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

**Ostertag-Rassenschranke**  
kurzfristig lieferbar  
**Georg Köbele, Nagold,** Fernspr. 126.

**Billigste Preise. Prompte Bedienung.**  
**Bandsägen**  
in Holzuntergestell, mit Kugellagerung, für Landwirte und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.  
**Friedrich Huber,** Maschinenbau, Unterreichenbach, D. A. Calw. Fernspr. 17.

**Neuen Sofa**  
tauscht gegen ein schlachtreifes Schwein.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**1 jähriges Buchtind**  
sowie  
**1100 Schwemm- und Schlackensteine**  
12/14/25 cm verkauft  
Witwe Schönhardt, Oberkollwangen.

**1 Sofa, 1 vollst. Kinderbett**  
gegen Lebensmittel zu vertauschen.  
Ludwig Schmid, Bad Teinach.

Für einige Stunden im Tag findet eine jüngerliche **Person** Beschäftigung.  
Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Alle Musikinstrumente**  
für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt  
**Musikhaus Curtz,** Pforzheim, Leopoldstr. 17  
Arkadenriedleisch-Rohrbrücke  
Großhandlung Einzelverkauf  
Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.  
Ankauf alter Geigen u. Celli.

**Ein fettes Schwein**  
tauscht gegen Hen.  
Wilhelm Gehring, Gehringen.

**Bertauscht werden**  
1 Ztr. Weizen, 5 „ Kartoffel, 10 Sack Zement, 15 „ Schwarzkalk geg. Haber od. Weizenheu  
Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.



**Wem** an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

**Wer** unser Blatt bereits liest, der sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

**Wer** etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

**Wer** keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

**Wer** keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

**Wer** keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.